

Schwarzbold, Georg

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr. 2879

1AR(RSHA) 995/64



Günther Nickel  
Berlin SO 36

Psch 155

Personalien:

Name: . . . Georg S c h w a r z b o l d . . . . .  
geb. am . 29.8.00 . . . . . in . . . Schweidnitz . . . . .  
wohnhaft in . Berlin-Charlottenburg., Herschelstr. 11 a . . . . .  
Jetziger Beruf: . Pol.-Obersekretär a.D. . . . .  
Letzter Dienstgrad: . Pol.-Obersekretär . . . . .

Beförderungen:

am . . . 1.10.34 . . . . . zum . . . Pol. Büroassistent . . . . .  
am . . . 1.10.37 . . . . . zum . . . Regierungssekretär . . . . .  
am . . . Herbst 1943 . . . . . zum . . . Pol.-Obersekretär . . . . .  
am . . . . . zum . . . . .  
am . . . . . zum . . . . .  
am . . . . . zum . . . . .

Kurzer Lebenslauf:

von . 1906 . . . . . bis . 1914 . - Grundschule Schweidnitz . . . . .  
von . 1914 . . . . . bis . 1917 - Lehrling in Schweidnitz . . . . .  
von . 1917 . . . . . bis . 1919 - Schlosser in Berlin . . . . .  
von . Februar 1919 . . . . . bis . August 1921 - Reichswehr . . . . .  
von . 1. 9.1921. . . . . bis . 1927 - Verwaltungsangestellter . . . . .  
von . . . . . bis . . . . . Pol.-Schule Neuruppin . . . . .  
von . 1927 . . . . . bis . 1935 - Pol.-Präs. Berlin . . . . .  
von . 1935 . . . . . bis . 1936 - Landespolizei . . . . .  
Oktober 1936 . . . . . 1945 - Hauptamt der Sicherheits-  
polizei bzw. RSHA-Amt I u. II

Spruchkammerverfahren: *Müller Auf* Ja/~~nein~~

Akt.Z.: . . *nicht bekannt* . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Bereits gegen den Beschuldigten anhängig gewesene Verfahren:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Als Zeuge bereits gehört in:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .  
 Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . . .

Erwähnt von:

	Name	Aktenzeichen	Ausgew.Bl.
1)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
2)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
3)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
4)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
5)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
6)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
7)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
8)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
9)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
10)	. . . . .	. . . . .	. . . . .

Schwarzbald  
(Name)

Georg  
(Vorname)

29.8.1900 Schweidnitz  
(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

- 1. Allgemeine Listen
  - Enthalten in Liste ..... unter Ziffer ..... **Sch 3** ..... **17** .....
  - Ergebnis negativ - verstorben - wohnt ..... in ..... (Jahr)

Bln.-Charl., Herschelstr.11 a

Lt. Mitteilung von SK ....., ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

- a) am:                      an:                      Antwort eingegangen:
- b) am:                      an:                      Antwort eingegangen:
- c) am:                      an:                      Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis **EMA**  
vom ....**3.3.64**..... in ,,,**siehe oben**.....

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung .....  
vom ..... verstorben am: .....  
in .....  
Az.: .....

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

(Name and address of requesting agency)

Berlin Document Center,  
U.S. Mission Berlin  
APO 742, U.S. Forces

Date: 5.9.63

**T-URGENT**

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: **S c h w a r z b o l d , Georg**  
 Place of birth: \_\_\_\_\_  
 Date of birth: \_\_\_\_\_  
 Occupation: \_\_\_\_\_  
 Present address: **Berlin-Charlottenburg, Herschelstr. 11a**  
 Other information: \_\_\_\_\_

1205500

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

\_\_\_\_\_  
 (Telephone No.) (Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	—	✓	7. SA	—	✓	13. NS-Lehrerbund	—	—
2. Applications	—	✓	8. OPG	—	✓	14. Reichsaerztekammer	—	—
3. PK	—	✓	9. RWA	—	✓	15. Party Census	—	✓
4. SS Officers	—	✓	10. EWZ	—	✓	16.	—	—
5. RUSHA	—	✓	11. Kulturkammer	—	—	17.	—	—
6. Other SS Records	—	✓	12. Volksgerichtshof	—	—	18. *)	—	✓

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

1) Keine Unterlagen vorhanden  
 2) Reg.-Sekr. Georg Sch., ohne Daten:  
 Tel. Amt 2544, S. 28

*[Handwritten signature]*  
 - 18/9.

## Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Vermerk

In den Tel. Verz. des RSHA der Jahre 1942 und 1943 wird Sch. als Angehöriger der Dienststelle II C 4 - Haushalt u. Wirtschaft der Sipo, bzw. 1943 Waffenwesen - benannt. Auch in der Junghans-Aufstellung ist er enthalten. Lt. Hauskartei der Leih-Verausgaben von 1939/ 41 wird er auf Seite 46 als Angehöriger der Dienststelle I A - 1940 = Recht, bzw. 1941 = Personalangelegenheiten, bezeichnet.

DC - Unterlagen konnten von ihm nicht ermittelt werden.

B., 11. Nov. 1964

*H. G.*

Abteilung I  
I 1 - KJ 2

1 AR (RSHA) 995 /64

Eingang: 16. NOV. 1964  
Tgb. Nr.: 4012/64-N  
Krim. Kom.:  
Sachbearb.: H. Brunhoff

Vfg.

1. Urschriftlich mit Personalheft ~~xxxxxx~~

dem

Polizeipräsidenten in Berlin  
- Abteilung I -

z.Hd. von Herrn KK Roggentin - o.V.i.A. -

unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 29. Juli 1964  
mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung (Vernehmung des  
RSHA-Angehörigen zur Person und zu seiner Tätigkeit im  
RSHA) übersandt.

Berlin 21, den 11. Nov. 1964  
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
Im Auftrage

*H. Brunhoff*

Erster Staatsanwalt

2. Frist : 2 Monate

F r a g e b o g e n

Betr.: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des RSHA  
wegen Mordes (NSG)  
(GStA b.d. KG Berlin - 1 AR 123/63 - )

Auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht  
in Berlin ist der auf Bl. 1 d.A. Genannte nach kurzer Schilderung  
seines persönlichen Lebenslaufs noch über nachstehende  
Fragen hinsichtlich seines Werdegangs, seiner Tätigkeiten im  
RSHA und der ehemaligen Vorgesetzten zu vernehmen:

1. Wann ist der Zeuge beim RSHA eingetreten?
2. Bei welcher Dienststelle (Amt/Referat) erfolgte der Eintritt?
3. Welchen Dienstgrad hatte er zur Zeit des Eintritts beim RSHA?
4. Ist der Zeuge während seiner Zugehörigkeit zum RSHA zu anderen Dienststellen (Ämter/Referate) versetzt worden? (Wenn ja, wann?)
5. Wie lautete die Bezeichnung der neuen Dienststelle, zu der der Zeuge versetzt worden ist?
6. Wann wurde der Zeuge während seiner RSHA-Zugehörigkeit befördert?
7. Welchen Dienstgrad hatte er in den einzelnen Dienststellen (Ämter/Referate)?
8. Welche Tätigkeiten hatte er in den von ihm genannten Dienststellen (Ämtern/Referaten) auszuführen?
9. Wer waren seine damaligen Vorgesetzten (hier ist anzugeben: Dienstgrad, Zuname, Vorname, Geburtstag und -ort, jetzige Wohnanschrift oder Verbleib)?
10. Welche Aufgaben hatten die Vorgesetzten wahrzunehmen?
11. Bestehen noch heute Verbindungen zu ehem. Kameraden?
12. Sind Anschriften ehem. Kameraden bekannt?
13. Ist der Zeuge in einem anderen Verfahren (Spruchkammer/Ermittlungsverfahren) als Beschuldigter oder Zeuge verurteilt worden?  
(Wann, wo bzw. war das Verfahren anhängig, in welcher Sache, Az., Ausgang des Verfahrens)
14. Sind Angehörige des Zeugen durch eine damalige Dienstverpflichtung zum RSHA gekommen?  
(z.B. Ehefrau oder Verlobte wurde im Kriege dienstverpflichtet und ging als Schreibkraft zum RSHA)

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Regierungs-Obersekretär i.R.

Georg S c h w a r z b o l d  
29.8.1900 Schweidnitz/Schlesien geb.,  
Berlin 10, Herschelstr. 11a wohnh.

und erklärt, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht, folgendes:

Vor Beginn meiner heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meiner Tätigkeit im ehem. RSHA zeugenschaftlich vernommen werden soll. Ich bin bereit, über meinen persönlichen Werdegang und die von mir ausgeübte Tätigkeit im RSHA Angaben zu machen.

Ich wurde als Sohn des Blattbindermeisters Wilhelm S c h w a r z b o l d in Schweidnitz geboren. Hier besuchte ich auch bis Ostern 1914 die Grundschule. Nach Abschluß meiner Schulausbildung trat ich in eine Metallfabrik als Lehrling bzw. Volontär ein. Mein Ziel war, Techniker zu werden. Etwa 1917 verzog ich nach Berlin und arbeitete hier als Schlosser. Als ich wegen Arbeitsmangels aus meiner Firma ausscheiden mußte, meldete ich mich im Februar 1919 freiwillig zum Wehrdienst. Ich versah im Eisenbahnregiment I und im Reichswehrbatallion 15 Dienst.

Am 1.9.1921 trat ich in den Polizei-Verwaltungsdienst der Polizeischule Neuruppin. Als diese im Laufe des Jahres 1925 aufgelöst wurde, wurde ich als Verwaltungsangestellter vom Polizei-Präsidium in Berlin übernommen. Am 1.10.1934 erfolgte unter Berufung in das Beamtenverhältnis meine Beförderung zum Polizei-Büroassistenten. Als im Jahre 1935 die Landespolizei gegründet wurde, kam ich am 1.10. 1935 zum Reichsstab der Landespolizei, welcher dem Reichs-Innenministerium unterstand. Nachdem 1936 die Landespolizei aufgelöst bzw. in die Wehrmacht übergeführt wurde, bin ich im Oktober 1936 in das neugeschaffene

Hauptamt der Sicherheitspolizei - Prinz-Albrecht-Str. 8 -  
versetzt worden. Im Hauptamt der Sicherheitspolizei  
versah ich in der Kanzlei meinen Dienst. Zu meinen  
Aufgaben gehörte es vornehmlich, Erlasse personeller  
und organisatorischer Art zu beglaubigen. Außerdem  
führte ich die Geheimkanzlei, die sich mit Reichs-  
verteidigung - und Abwehrangelegenheiten befaßte.  
Später erfolgte dann die Umorganisation der gesamten  
Sicherheitspolizei, die dann in der Schaffung des  
RSHA mündete. Die Kanzlei arbeitete nunmehr für die  
Ämter I u. II, wobei das Aufgabengebiet das gleiche  
blieb.

Ende 1941 wurde ich zum Referat II C 4 versetzt. Es  
war nunmehr meine Aufgabe, Besoldungsangelegenheiten  
für Angestellte des Hauptamtes der Sicherheitspolizei  
zu bearbeiten. Im Herbst 1944 wurden Teile des Amtes II,  
u.a. das Referat, in welchem ich tätig war, nach Grau-  
denz verlegt. Anfang Januar 1945 erfolgte nochmals eine  
Verlegung meines Referates nach Bad Sulza.

Hier erkrankte ich im März 1945 an Fleckfieber und kam  
in die Luftwaffen-Lazarette Ehrwald und Leermos in Ti-  
rol. Im Mai 1945 geriet ich in amerikanische Gefangen-  
schaft. Aus dieser wurde ich im Juni 1946 in die Inter-  
nierung übergeführt. Meine Entlassung aus dieser erfolgte  
im Mai 1948. Ich nahm zunächst in München meinen Wohn-  
sitz und kam über verschiedene Zwischenstationen im  
Februar 1949 nach Berlin zurück.

1953 wurde ich beim Senator für Inneres wieder einge-  
stellt. Mit Wirkung vom 1.10.1962 bin ich dann als  
Regierungs-Obersekretär in den Ruhestand getreten.

Zu meinen Beförderungen vor 1945 kann ich folgende  
Daten nennen. 1.10.1937 Regierungs-Sekretär, Herbst  
1943 Polizei-Obersekretär.

Als ich in der Kanzlei des Amtes I/II meinen Dienst  
versah, war ein Oberregierungs-Rat T r i n k l mein  
Vorgesetzter, der jetzt in München wohnt. Referats-  
leiter von II C 4 war der Oberregierungsrat Anton

✓ M e i e r, welcher vor einiger Zeit in Nienburg/Weser

verstorben ist. Chef der Gruppe II C war ein Dr. S i e g e r t, welcher kurz vor Kriegsende in Berlin gefallen ist. Leiter des Geschäftsbüros des Amtes II war ein Amtsrat T e m p e l h a g e n, der heute in Schleswig-Holstein lebt.

Hinsichtlich der Aufgaben, welche meine Vorgesetzten, außer der üblichen Dienstaufsicht, wahrzunehmen hatten, weiß ich lediglich, daß der Referätsleiter von II C 4 auch die Abrechnung mit den Führern der Einsatzkommandos tätigte. Als Sachbearbeiter für diese Aufgaben war ein POI K u n e r t eingesetzt. Über dessen Verbleib ist mir nichts bekannt. Welche Aufgaben die Einsatzkommandos in den besetzten Ostgebieten wahrzunehmen hatten, war mir zur damaligen Zeit dienstlich nicht bekannt. Wohl hatte ich gerüchteweise erfahren, daß die Eks zu Massenerschießungen hinzugezogen wurden, doch schenkte ich zur damaligen Zeit derartigen Gerüchten wenig Glauben.

Mit folgenden ehemaligen Kameraden stehe ich noch heute in Verbindung, ich möchte berichtigen, mir sind deren Anschriften bekannt.

POS Paul B e y e r, heute Wohnhaft in Bremen  
Frau Gertrud H a g e n, Frankfurt/Main, Wittelsbacher Allee 85 wohnhaft.

Die beiden Letztgenannten gehörten damals dem Amt I an. Der ehemalige POI Willi L ü d e r s, heute in Mannheim wohnhaft, übte im Referat II C 4 die Dienstaufsicht über die Besoldungssachbearbeiter aus.

Nach dem Kriege wurde ich in Mallersdorf/Bayern einem Spruchkammerverfahren unterworfen und als Belasteter der Gruppe III eingestuft. Die Berufungsverhandlung vor der Spruchkammer Landshut hob diesen Spruch auf und ich wurde für nicht belastet erklärt. Die Aktenzeichen beider Verfahren sind mir unbekannt.

In einem Ermittlungsverfahren bin ich weder als Beschuldigter noch als Zeuge vernommen worden.

Abschließend möchte ich betonen, daß ich zu keiner Zeit der NSDAP oder der SS angehört habe.

Des weiteren habe ich während meiner Zugehörigkeit zum ehem. RSHA an keinerlei Handlungen teilgenommen, die nach heutigem Rechtsempfinden strafbar sind. Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

*Konnerth*  
(Konnerth), KM

*Kell*

.....gelesen, genehmigt, unterschrieben

*Georg Thewissen*  
.....

*eingemerkt  
7.12.68  
[Signature]*

Der Polizeipräsident in Berlin  
I 1 - KI 2 - 2210 / 64-N.

1 Berlin 42, den 1.11.1964  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2558

1. Tgb. austragen: - 2. DEZ. 1964

2. Urschriftlich mit Personalheft und Beiakte

dem

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
z.H. v. Herrn EStA Severin -  
o.V.i.A. -

1 B e r l i n 21

Turmstr. 91

nach Erledigung des Ersuchens - Bl. 6 d.A. -  
zurückgesandt.

Im Auftrage:



Do

Vfg.

1. V e r m e r k :

Nach den hier vorliegenden Unterlagen war der Betroffene im RSHA lediglich in einem Referat tätig, über dessen Sachgebiet bisher belastende Erkenntnisse nicht vorliegen. Die polizeiliche Vernehmung des Betroffenen hat in dieser Richtung nichts Neues ergeben. Bei dieser Sachlage kommt für den Betroffenen die Einleitung eines Js-Verfahrens - zumindest zur Zeit - nicht in Betracht. Die Vernehmung des Betroffenen sowie die über ihn vorhandenen Unterlagen sind ausgewertet worden. Es ist daher zunächst nichts weiter zu veranlassen.

2. Beiakten trennen.
3. Vorgang zum Sachkomplex vorlegen.  
(Der Betroffene kommt als Zeuge in Betracht.)
4. Auf dem Vorblatt des Vorgangs vermerken, daß der dort Betroffene in der hier in Rede stehenden Überprüfungsakte (Bl. ) genannt ist.
5. Als AR-Sache weglegen.
6. Herrn EStA. Severin mit der Bitte um Ggz.

bu)est.

22. Dez. 1964

Berlin, den

Je

18.12.64

175 12/65

Psch 155 14R 995/64

Amtsgericht Tiergarten

348 Gs 177/65

Berlin NW 21, den 14. Juli 1965  
Turmstraße 91

Ermittlungssache  
Strafsache

Gegenwärtig:

Amtsgerichtsrat Heinze

als Richter,

gegen

Dr. Dr. Werner Best u.a.

Justizangestellte Berg

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

wegen Mordes

Es erschien

der nachbenannte — Zeuge — Sachverständige —

Der — Zeuge — Sachverständige —  
wurde mit dem Gegenstand der Untersuchung und der  
Person der Beschuldigten bekannt gemacht. Er  
wurde zur Wahrheit ermahnt und darauf hingewiesen, daß  
die Aussage zu beideln ist, wenn keine im Gesetz be-  
stimmte oder zugelassene Ausnahme vorliegt. Er — Sie —  
wurde ferner auf die Bedeutung des Eides, die straf-  
rechtlichen Folgen einer unrichtigen oder unvollständigen  
eidlichen und auch uneidlichen Aussage sowie darauf hin-  
gewiesen, daß der Eid sich auch auf die Beantwortung der  
Fragen zur Person und der sonst im § 68 der Strafprozeß-  
ordnung vorgesehenen Umstände beziehe.

Der Erschienene wurde , — und zwar  
die Zeugen — einzeln und in Abwesenheit der später  
abzuhörenden Zeugen, — wie folgt vernommen:

1. Zeuge — Sachverständige —

Ich heiße Georg Schwarzbald  
bin 64 Jahre alt, Reg. Obersekretär i.R.  
in 1 Berlin 10  
Herschelstr. 11a

- Mit Angehörigen des RSHA und des  
Gestapa nicht verwandt und nicht ver-  
schwägert. -

StP 17

Zeugen- und Sachverständigenvernehmung durch den Richter  
im vorbereitenden Verfahren und in der Voruntersuchung  
sowie durch den ersuchten Richter im Hauptverfahren (§§ 48 ff,  
162, 185, 223 StPO) — Amtsgericht  
11 61 10000 Mö

Belehrt nach § 55 StPO

Zur Sache:

Ich gehörte von 1921 bis 1927 als Angestellter der Polizeischule <sup>Neu-</sup>Ruppin an und kam anschliessend zum Polizeipräsidium nach Berlin. Im Herbst 1934 wurde ich Beamter - zunächst Polizeiassistent - im Laufe des Krieges wurde ich dann Polizeiobersekretär. Beim Polizeipräsidium blieb ich bis Ende März 1935, dann wurde ich mit Wirkung vom 1.4.1935 zum Reichsstab der Landespolizei im Reichsministerium des Innern versetzt. Als im Jahre 1936 die Landespolizei in die Wehrmacht überführt wurde, kamen die nicht der Partei angehörenden Beamten des Reichsstabes - darunter auch ich - zum Hauptamt Sicherheitspolizei, die übrigen zum Hauptamt Ordnungspolizei. Ich selbst wurde in der Kanzlei der Ämter I und II des Hauptamts Sipo beschäftigt. Ich war praktisch der Vertreter des Kanzleivorstehers R u d e r s - d o r f und hatte auch Abschriften zu beglaubigen. Als ungefähr 1938 die Geheim-Kanzlei gegründet wurde, war ich nur noch dort tätig. Ich bin missverstanden worden. Neben meiner sonstigen Tätigkeit hatte ich nun noch die Obliegenheiten in der Geheim-Kanzlei. Ich unterstand der Dienstaufsicht des Polizeirates und späteren Reg.Rates T r i n k l. Chef des Amtes I war Dr. B e s t, des Amtes II Dr. S i e g e r t. Meine soeben geschilderte Tätigkeit übte ich bis 1941/1942 aus, dann gelang es mir, Besoldungssachbearbeiter zu werden. In dieser Eigenschaft gehörte ich dem Amt II des inzwischen gegründeten RSHA an. Zuständig war ich für die Besoldung der Angehörigen der Sipo. Ich möchte bei dieser Gelegenheit hervorheben, dass das Hauptamt Sicherheitspolizei ja auch weiterhin bestand, vor allen Dingen kassenanschlagsmässig und auch nach dem Stellenplan. Mein Referatsleiter (Referat II C 4) war der Amtsrat Anton M e i e r. In diesem Referat blieb ich dann bis Kriegsende.

Von einer Zuständigkeit des Hauptamts Sipo für die Einsatzgruppen habe ich aus eigener Anschauung wenig Kenntnis.

Ich kann insbesondere nicht sagen, ob das Hauptamt Sipo an der Aufstellung dieser Einsatzgruppen und der Befehlserteilung beteiligt war. Zwar glaube ich mich zu erinnern, dass ich in der Kanzlei auch Erlasse beglaubigt habe, die den Chefs der Einsatzgruppen, den HSSPF, auch den BdS und KdS übersandt wurden. Dabei ging es aber, soweit ich mich erinnere, in der Regel um Personalangelegenheiten. Schriftstücke, die Befehle oder Weisungen hinsichtlich der Tätigkeit der Einsatzgruppen enthielten, habe ich nicht zu sehen bekommen. Da ich zeitweilig in der Geheim-Kanzlei sass, hätte ich sie mit Sicherheit zu sehen bekommen müssen, wenn sie im Wege der Briefpost übermittelt worden wären. Ich muss daraus schliessen, dass die Befehle mündlich oder fernschriftlich erteilt wurden. In diesem Zusammenhang kann ich mich erinnern, dass in der Prinz-Albrecht-Strasse des öfteren Besprechungen stattfanden, zu denen die verschiedensten Leiter der Stapostellen sowie Befehlshaber der Sipo und möglicherweise auch Leiter der Einsatzgruppen anreisten. Ich nehme an, dass bei diesen Besprechungen die entsprechenden Befehle und Weisungen mündlich erteilt wurden. Wer vom Hauptamt Sipo an diesen Besprechungen teilgenommen hat, habe ich nicht mehr in Erinnerung. Es müssten eigentlich zumindest die Amtschefs eventuell auch die Gruppenleiter gewesen sein.

Von der Existenz eines Sonderreferats Tannenberg (Pol-Sta) ist mir nichts bekannt. Der mir genannte Dr. B i l f i n g e r gehörte meiner Erinnerung nach zum Referat S V 1, dessen Leiter Dr. Z i n d e l war. Dass er irgendwelche Sonderaufgaben hatte, habe ich nicht bemerkt. Berichte der Einsatzgruppen habe ich beim Hauptamt Sipo und auch später beim RSHA nicht zu sehen bekommen. Ich kann mich allerdings erinnern, dass in einem Nebenzimmer Abzüge von irgendwelchen Lageberichten hergestellt wurden. Die hat meiner Erinnerung nach jemand vom Amt IV - Gestapa - abgeholt. Die Ausdrücke Morgen- und Abendmeldung sind mir nicht bekannt. Die Unterschriften auf Bl. 82, 87 und 125 des Dokumentenbandes "Berichte der Einsatzgruppen" kann ich nicht entziffern. Auch die ganze Form dieser Berichte entspricht nicht der Üblich-

keit in unserem Amt. Überhaupt ist mir über die Tätigkeit der Einsatzgruppen und ihrer Nachfolgedienststellen weder in Polen noch in Russland zur damaligen Zeit etwas bekannt geworden. Allerdings kann ich mich erinnern, dass Angehörige der Sicherheitspolizei disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurden, die sich an fremdem Eigentum in Polen vergriffen haben sollen. Einzelheiten kann ich hierzu aber nicht angeben. Wenn ich mich recht erinnere, hat ein gewisser Ob. Inspektor S c h r o t h diese Angelegenheiten bearbeitet. Die mir hier genannten Namen Dr. Best, Trinkl, Dr. Zindel, Thorn, Mylius, Bonatz, Dr. Tanzmann, Suhr, Ehlers, Borth, Dr. Ehaus, Dr. Bilfinger sind mir sämtlichst bekannt. Über ihr Aufgabengebiet im einzelnen bin ich nicht orientiert. Möglicherweise kann der Ministerialregistrator K e e s e oder der Bürovorsteher des Amtes I S p i e l b e r g - Anschriften nicht bekannt - nähere Angaben machen.

Soweit ich in der Kanzlei mit Geheimsachen befasst wurde, betrafen sie zum grössten Teil Reichsverteidigungs- und Abwehrangelegenheiten, sowie Angelegenheiten im Pass- und Fremdenwesen.

Das ist alles, was ich zu diesem Verfahren sagen kann.

Selbst gelesen, genehmigt und  
unterschrieben:

gez. Georg Schwarzbald

gez. Heinze

gez. Berg

Bei Durchsicht des Protokolls ist mir noch eingefallen, dass es beim Referat II C 4 RSHA noch die Abrechnungsstelle der Einsatzgruppen gab. Ich hatte mit dieser Stelle nichts zu tun, weiss aber, dass t<sup>o</sup>urnsmässig die Rechnungsführer der Einsatzgruppen, gelegentlich sogar in Begleitung der Einsatzgruppenleiter zur Abrechnung erschienen. Zuständig war insoweit der Reg.Ob. Inspektor K u n e r t, Referatsleiter war auch insoweit M e i e r,

sein Vertreter war H o p p e. Ob bei diesen Abrechnungen auch Dinge zur Sprache gekommen sind, die für das vorliegende Verfahren von Bedeutung sein können, kann ich nicht sagen. Auch Namen der Rechnungsführer sind mir nicht mehr in Erinnerung.

Selbst gelesen, genehmigt und  
unterschrieben:

gez. Georg Schwarzbald

gez. Heinze

gez. Berg

905/64

Übertragung der Vernehmung vom 16. Dezember 1966  
(Stenogramm)

Gegenwärtig: Staatsanwalt F i l i p i a k  
Justizangestellte Schele

Auf Vorladung erscheint der Pensionär

Georg Wilhelm S c h w a r z b o l d ,  
geboren am 29. August 1900 in Schweidnitz/Schlesien,  
wohnhaft in Berlin 10 (Charlottenburg), Herschelstr. 11a,

und erklärt:

Mit ehemaligen Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes bin ich nicht verwandt und nicht verschwägert. Ich wurde mit dem Gegenstand der Vernehmung bekannt gemacht und auf mein etwaiges Zeugnisverweigerungsrecht nach § 55 StPO hingewiesen. Ich bin jedoch zur Aussage bereit.

Wegen meines persönlichen Werdeganges und meine Tätigkeit beim Hauptamt Sicherheitspolizei bzw. später beim Reichssicherheitshauptamt verweise ich auf meine richterliche Vernehmung vom 14. Juli 1965 (Az.: 348 Gs 177/65 AG Tiergarten). Die vorgenannte Vernehmung ist mir vorgehalten worden. Die darin von mir gemachten Angaben treffen zu. Ich mache sie auch zum Gegenstand meiner heutigen Aussage und möchte ergänzend folgendes erklären:

Ich gehörte von 1921 bis 1927 als Angestellter der Polizeischule Neuruppin an und kam anschließend zum Polizeipräsidium nach Berlin. Im Herbst 1934 wurde ich Beamter, zunächst Polizeiassistent, im Laufe des Krieges wurde ich dann Polizeiobersekretär. Beim Polizeipräsidium blieb ich bis Ende März 1935. Mit Wirkung vom 1. April 1935 wurde ich zum Reichsstab der Landespolizei im Reichsministerium des Innern versetzt. Als im Jahre 1936 die Landespolizei in die Wehrmacht

überführt wurde, kamen die nicht der Partei angehörenden Beamten des Reichsstabes - darunter auch ich - zum Hauptamt Sicherheitspolizei, die übrigen zum Hauptamt Ordnungspolizei. Ich selbst wurde in der Kanzlei der Ämter I und II des Hauptamtes Sicherheitspolizei beschäftigt. Ich war praktisch der Vertreter des Kanzleivorstehers R u d e r s d o r f und hatte auch Abschriften zu beglaubigen. Als ungefähr 1938 die Geheimkanzlei gegründet wurde, wurde auch diese meiner Aufsicht unterstellt. Ich selbst unterstand der Dienstaufsicht des Polizeirats und späteren Regierungsrats T r i n k l , der als Verwaltungsdirektor mit den Personalangelegenheiten innerhalb des Amtes, überhaupt den internen Angelegenheiten des Amtes, befaßt war. Chef des Amtes I war Dr. B e s t , des Amtes II Dr. S i e g e r t .

Zu meiner Tätigkeit in der Kanzlei gehörte es unter anderem, Reinschriften von Erlassen, Verfügungen und sonstigen Schreiben der Ämter I und II zu beglaubigen. Es trifft zu, daß die mir vorgehaltenen Erlasse

- a) betreffend die Kurierverbindungen beim Unternehmen Tannenberg (Az.: S V 1 - S Nr. 27/39) vom 4. September 1939 (vgl. Dokumentenordner II Bl. 12)
- b) betreffend das statistische Material über die besetzten polnischen Gebiete (Az.: IV 1 - Nr. 782/VIII/39 - 151) vom 30. Oktober 1939 (vgl. Dokumentenordner II Bl. 42)
- c) betreffend die Auflösung der Einsatzgruppen und Einsatzkommandos (Az.: I V 1 Nr. 903/39 - 151 Sdb. P.) vom 20. November 1939 (vgl. Dokumentenordner II Bl. 43/44)

von mir beglaubigt worden sind.

Bei den Beglaubigungen, die von mir vorgenommen wurden, war es jeweils lediglich meine Aufgabe, zu prüfen, ob der Text aus dem Konzept mit der Reinschrift übereinstimmte und sich keine Fehler eingeschlichen hatten. Mit dem sachlichen Inhalt der von mir beglaubigten Schriftstücke habe ich mich selbst nicht näher befaßt. Dieser ging mich ja auch nichts an.

Ein "Referat Tannenberg" ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Auch habe ich während meiner Tätigkeit beim Hauptamt Sicherheitspolizei und später beim Reichssicherheitshauptamt nie etwas davon gehört, daß etwa ein genereller Befehl zur Liquidierung der polnischen Intelligenz oder sonstiger polnischer Volksgruppen bestanden hätte und daß die mir vorgehaltenen Taten in Polen geschehen sind. Ich habe es zwar seinerzeit hin und wieder läuten hören, daß in Polen dolle Sachen geschehen sein sollten. Ich hatte diesen Gerüchten jedoch seinerzeit keinen Glauben geschenkt und habe über das, was sich tatsächlich in Polen abgespielt hat, erst später in Gefangenschaft von Angehörigen der SS erfahren, was für schreckliche Dinge geschehen sind. Ich selbst habe niemals der SS angehört und war auch nicht Mitglied der NSDAP.

Soweit ich Erlasse und Schreiben beglaubigt habe, die die Einsatzgruppen in Polen betrafen, hatten diese meines Wissens lediglich die organisatorische Lenkung dieser Einsatzgruppen bzw. -kommandos zum Inhalt. Über die sachlichen Weisungen, insbesondere Anordnungen zur Festnahme und Tötung von Polen durch die Einsatzgruppen, habe ich aus den Schriftstücken, die bei mir durchliefen, keine Kenntnis erlangt. Da ich zeitweilig auch mit Geheim-Sachen und Geheimen Reichssachen befaßt war, hätte ich derartige Befehle oder Weisungen, wenn sie im Wege der Briefpost übermittelt worden wären, mit Sicherheit zu sehen bekommen müssen. Da dies nicht geschehen ist, muß ich schließen, daß die Befehle mündlich oder fernschriftlich erteilt wurden. Ich diesem Zusammenhang kann ich mich erinnern, daß in der Prinz-Albrecht-Straße des öfteren Besprechungen stattfanden, zu denen die verschiedensten Leiter der Stapostellen sowie Befehlshaber der Sicherheitspolizei und auch Leiter der Einsatzgruppen anreisten. Außerdem wurde in verschiedenen Schreiben, die bei mir durchliefen, auf Fernschreiben Bezug genommen. Wer bei den mündlichen Besprechungen im Reichssicherheitshauptamt die entsprechenden Befehle und Weisungen erteilt hat, weiß ich nicht mehr.

Meiner Meinung nach müßten dies eigentlich zumindest die Amtschefs, eventuell auch die Gruppenleiter gewesen sein. Von Dr. B e s t habe ich aufgrund der Erlasse und Schreiben, die bei mir durchgingen und von mir beglaubigt wurden, erfahren, daß er mindestens organisatorisch mit der Lenkung und Leitung der Einsatzgruppen befaßt war. Selbstverständlich war er als Amtschef I und Vertreter des Amtes IV auch in der Lage, sachliche Direktiven den Einsatzgruppen zu erteilen. Ich selbst habe Dr. B e s t persönlich nicht kennengelernt. Ich kannte sein Dienstzimmer nur von außen. Mein Dienstzimmer in der Prinz-Albrecht-Straße war im parterre.

Etwaige Schreiben, die den sogenannten Selbstschutz betrafen, oder Weisungen und Befehle an den Selbstschutz zum Inhalt hatten, sind bei mir in der Kanzlei nicht durchgelaufen. Der mir vorgehaltene Selbstschutz ist mir überhaupt kein Begriff.

Bei der Kanzleiangestellten H a g e n , die ebenfalls verschiedene Erlasse aus dem Referat Tannenbergr beglaubigt hat, handelt es sich um

Frau Gertrud H a g e n ,  
wohnhaf in Frankfurt/Main, Wittelsbacher Allee 85,

mit der ich noch heute hin und wieder in Verbindung stehe.

Dr. B i l f i n g e r ist mir zwar vom Amt S V 1 her bekannt, ich hatte jedoch keine Kenntnis über das von ihm bearbeitete Sachgebiet. Jedenfalls nicht im einzelnen, da ich persönlich mit ihm nichts zu tun gehabt habe.

Dr. M e y e r ist mir dagegen heute nicht mehr in Erinnerung.

Meines Wissens war Dr. T a n z m a n n auch bei S V 1 und ging später zum Einsatz in den Osten.

B o n a t z war schon beim Amt, als ich 1936 hinkam. Meines Wissens ist B o n a t z aber schon etwa zu Anfang des Krieges aus dem Amt ausgeschieden. Vielleicht ist er auch nur versetzt worden, denn ich habe später von ihm nichts mehr gehört.

Von M y l i u s ist mir lediglich noch in Erinnerung, daß er an dem Zustandekommen des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei mitgewirkt hat und daß er später im Justitiariat tätig war.

Von P o m m e r e n i n g müßte eigentlich näheres zu erfahren sein, was im einzelnen geschehen ist, denn P o m m e r e n i n g nahm in verwaltungstechnischer Hinsicht praktisch eine Schlüsselstellung ein. Er war als Leiter der Hauptregistratur und der Absendestelle, gleichzeitig auch als Leiter der Posteingangsstelle, Heydrich unmittelbar unterstellt. Bei ihm lief nicht nur die ein- und ausgehende Post durch, sondern er bekam auch die Akten als solche zu Gesicht und Vorgänge, die uns in der Kanzlei nie zugänglich gemacht wurden.

Als ich Ende 1941 zum Referat II C 4 versetzt wurde, war Referatsleiter von II C 4 der Regierungsrat Anton B e i e r . Diesem unterstand auch die Abrechnungsstelle für die Einsatzgruppen in Polen, deren unmittelbarer Leiter der Oberinspektor K u n e r t gewesen ist. Über den Verbleib des K u n e r t ist mir leider nichts bekannt.

Welche Maßnahmen von den Angehörigen der Einsatzgruppen im einzelnen gegen Angehörige polnischer Volkszugehörigkeit getroffen wurden, ist mir seinerzeit nicht bekannt geworden. Ich kann mich lediglich daran erinnern, daß Angehörige der Sicherheitspolizei, die sich an fremdem Eigentum in Polen vergriffen hatten, aber auch einzelne Gewalttaten an Polen begangen hatten, disziplinarisch zur Verantwortung gezogen wurden. Diese Angelegenheiten hat, wenn ich mich recht erinnere, der Oberinspektor S c h r o t h bearbeitet.

Mein Nachfolger in der Kanzlei war der Polizeiobersekretär Paul B e y e r , heute wohnhaft in Bremen. Seine genaue Anschrift habe ich Zuhause und werde diese noch telefonisch durchgeben.

Laut diktiert, genehmigt und  
im Stenogramm unterschrieben

Georg Schwarzbald

Geschlossen:  
Filipiak, StA

Für die Richtigkeit  
der Übertragung:  
*Schulte*  
Justizangestellte

V e r m e r k :

Der Zeuge S c h w a r z b o l d teilte nachträglich tele-  
fonisch mit, daß

Paul B e y e r  
in Bremen 13, Köhlerhof 18 II,

wohnhaft sei.

Im übrigen ergänzte er seine Aussage dahin, daß Pommerening für das ganze Amt der VS-Empfänger gewesen sei (Empfänger für Verschlusssachen).

Berlin, den 16. Dezember 1966

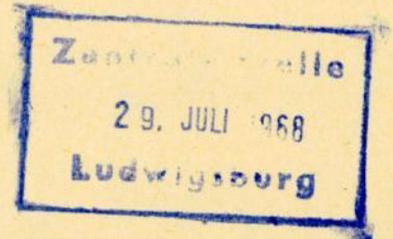
Filipiak, StA

1 AR (RSHA) 995 / 64

Vfg.

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der  
Zentralen Stelle  
der Landesjustizverwaltungen  
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt Winter



714 Ludwigsburg  
Schorndorfer Straße 58

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 12. Oktober 1964  
- 10 AR 1310/63 (jetzt VI 415 AR 1310/63) - zur gefälligen  
Kenntnisnahme und Rückgabe nach Auswertung übersandt.

Berlin 21, den 25. JULI 1968  
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

Im Auftrage

*Frank*  
Oberstaatsanwalt

2. 2 Monate.

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

dem  
Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21  
Turmstraße 91

nach Auswertung der Akten zurückgesandt.

Ludwigsburg, den 9. 9. 68

*Winter, ESTH.*

2. Hier austragen.



Sch

V e r h a n d e l t

Vorgeladen, erscheint der Pensionär

Wilhelm Georg S c h w a r z b o l d,  
29.8.1900 Schweidnitz/Schles. geb.,  
1 Berlin 10, Herschelstr. 11 a wohnhaft,

und erklärt, nach eingehender Vorbesprechung und Belehrung gemäß §§ 52 und 55 der StPO zur Sache folgendes:

Vom Jahre 1921 bis 1937 war ich in der Polizeiverwaltung als Angestellter und später als Beamter tätig, ehe ich zum Hauptamt Sicherheitspolizei versetzt wurde. Im Hauptamt der Sicherheitspolizei wurde ich in der Abteilung I (Kanzlei) beschäftigt. Nach Übernahme meines eigentlichen Vorgesetzten (Georg Rudersdorf) in die Registratur wurde ich mit der Leitung der Kanzlei beauftragt. Zuerst waren ca. 15 Personen dort beschäftigt, später erhöhte sich das Personal auf ca. 20 Personen. Davon waren allein 4 Damen in der Geheim-Kanzlei beschäftigt. Mein Nachfolger wurde dann 1942 der Paul B e y e r, Bremen 13, Köhlerhof 13 wohnhaft.

Als Verfielfältiger war dann noch der Karl L u b e n o w, Berlin 12, Goethestr. 46 wohnhaft in der Kanzlei tätig.

Ich stehe heute noch mit B e y e r und der in der Kanzlei ebenfalls tätig gewesenen Gertrud H a g e n, Frankfurt/M., Wittelsbacher Allee 185 wohnhaft, sowie dem Dienststellenleiter, dem ehemaligen Oberregierungsrat T r i n k l in Verbindung.

Die Bezeichnung "Unternehmen Tannenberg" ist mir damals bekanntgeworden. Ich kann mich jedoch nicht entsinnen, daß mir ebenfalls bekannt war, daß sich hinter dieser Bezeichnung die Tätigkeit der Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos in Polen verbarg. Von den Maßnahmen gegen die polnische Intelligenz habe ich damals nichts erfahren. Da ich auch Zugang zu den Geheimsachen hatte, kann ich auch mit Bestimmtheit sagen, daß auch kein Schriftwechsel dieser Art über die Kanzlei gelaufen ist. Es ist möglich, daß derartige Anordnungen oder Berichte direkt über die Absendestelle liefen, die von dem Amtsrat P o m e r e n i n g geleitet wurde. In dieser Absendestelle war noch der Obersekretär G r a b a u und ein gewisser Walter K o c h tätig. Von G r a b a u habe ich noch gehört, daß dieser nach dem Krieg nach Berlin zurückgekehrt sein soll, aber dann verschwunden ist. Von der Frau des G r a b a u habe ich gehört, daß ihr Mann wohl mal zur Vernehmung mußte, von der er nicht zurückkehrte.

Mit dem Beschuldigten Dr. Werner B e s t habe ich ca. zwei- bis dreimal persönlich zu tun gehabt. Bei diesen Gelegenheiten mußte ich ihm anweisungsgemäss im Büro aufsuchen. An die genauen Gründe, die zur Rücksprache führten, kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Außerdem habe ich den Vorgenannten mehrfach bei anderen Anlässen gesehen. Es ist zutreffend und ich kann mich auch noch daran erinnern, daß Organisationsanweisungen teilweise von Dr. B e s t unterzeichnet worden sind. Ich habe derartige Anweisungen dann beglaubigt. Es ist aber weiter ebenso richtig, daß derartige Schreiben auch von Dr. Z i n d e l und dem Regierungsrat T h o r n unterzeichnet wurden. Über die Tätigkeit des Beschuldigten Dr. B e s t bzw. über seinen Schriftverkehr müßte doch seine damalige Sekretärin, ein gewisses Fräulein W e h l i n g , Angaben machen können. Ich kann leider nicht angeben, wo die Letztgenannte jetzt aufhältlich ist.

Weitere Erkenntnisse dieser Art müßten auch von dem damaligen Adjutanten, Untersturmführer F r e e s e , zu erhalten sein.

Ich selbst kann abschließend nur noch erklären, daß ich zur damaligen Zeit keine Kenntnis über die Maßnahmen erhalten habe, die sich gegen die polnische Intelligenz gerichtet hatten. Über diese Dinge habe ich erst Einzelheiten erfahren, als ich nach Ende des Krieges interniert war.

Es ist wohl damals nach Beginn des Krieges oft darüber gemunkelt worden, daß Dinge geschehen seien, die kaum glaubhaft wären. Jedoch sind mir niemals konkrete Einzelheiten bekanntgeworden.

Weitere Angaben zur Sache kann ich nicht machen.

Geschlossen:

gez. Böhme

.....

( Böhme ) KHM

selbst

..... gelesen, genehmigt  
und unterschrieben:

gez. Georg Schwarzbald

.....